



Marc Chesney: »Man muss begreifen, dass Ökonomie eine soziale Wissenschaft ist.«

»Wir wollen Licht ins Dunkel bringen«

Finanztransaktionen besteuern statt Arbeit und Konsum: Eine Volksinitiative schlägt die Einführung einer Mikrosteuer auf elektronische Zahlungen vor. Economiesuisse sieht rot. Fragen an Finanzprofessor und Mitinitiant Marc Chesney

Von Wolf Südbeck-Baur

aufbruch: Marc Chesney, Mehrwertsteuer, Bundessteuer und Stempelsteuer wollen Sie ersetzen durch eine Mikrosteuer. Die Mikrosteuer-Initiative will auf den gesamten bargeldlosen Zahlungsverkehr eine Steuer von maximal 5 Promille erheben, also 0,5 Prozent. Was bedeutet das für eine Familie mit zwei Kindern?

Marc Chesney: Nach unseren Berechnungen würde eine vierköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen von 100 000 Franken mit der Einführung der Mikrosteuer zirka 4000 bis 4500 Franken pro Jahr weniger Steuern zahlen, da Mehrwertsteuer und direkte Bundessteuer wegfallen würden. Bei einer Transaktion von 1000 Franken fiel im

ersten Jahr eine Mikrosteuer von 0,05 Prozent an, also 5 Rappen. Das ist fast nichts ...

... eine Entlastung für untere und mittlere Einkommen...

Marc Chesney: ...die Mikrosteuer würde diese Einkommen proportional stärker entlasten als besserverdienende Haushalte. Das ist ein springender Punkt unserer Initiative. Die Allermeisten erhalten ihren Lohn und zahlen ihre Rechnungen, ihre elektronischen Transaktionen sind überschaubar. Die Superreichen hingegen machen viel mehr Finanztransaktionen, was proportional zu einer höheren Mikrosteuer führt. Zur Veranschaulichung, in den 60er Jahren verblieb eine Aktie im Durchschnitt sieben, acht Jahre im Portfolio eines Aktionärs, heute sind es nur noch ein paar Minuten. Tatsächlich gibt es heute viele Transaktionen, die in Millisekunden getätigt werden und die von der Realwirtschaft abgekoppelt sind. Vor diesem Hintergrund sprechen wir weniger von Kapital, sondern eher von Wetteinsätzen.

Wie soll mit der Einführung einer Mikrosteuer mehr Transparenz erreicht werden?

Marc Chesney: Der Finanzverkehr ist eine Blackbox, weil nicht alle Daten zugänglich gemacht werden. So haben wir zum Beispiel keinen Zugang zu den Transaktionen, die bankintern zwischen den verschiedenen Filialen oder Kunden einer Bank generiert werden. Wir haben nicht genug Zugang zu Daten, die durch den Handel mit Derivaten entstehen, die durch Kryptowährungen entstehen, und, und, und. Daher sind nur Berechnungen möglich, die eine ungefähre Annäherung an die Realität erlauben. Wegen dieser Intransparenz ist es ein wichtiges Ziel der Initiative, Licht ins Dunkel des Zahlungsverkehrs zu bringen. Die Mikrosteuer-Initiative will die Nationalbank verpflichten, monatlich eine Liste der Daten zu veröffentlichen, die den gesamten Zahlungsverkehr offenlegt.

Es ist demnach unklar, ob die Einkünfte des Staates durch die Mikrosteuer ausreichen, um Mehrwertsteuer, Bundessteuer und Stempelsteuer zu ersetzen?

Marc Chesney: Nach unseren Berechnungen umfasst der Finanzverkehr ungefähr 150mal so viel wie das Schweizer Bruttoinlandsprodukt (BIP), das 2020 702,2 Mrd. Franken betrug. Darum werden wir erst nach einem Jahr mit einem Mikrosteuer-Satz von 0,05 Promille genau wissen, wie hoch der Zahlungsverkehr tatsächlich

ist und wie viel die Mikrosteuer einbringt. Danach können wir den Zinssatz anpassen, z. B. in Richtung 0,1 Prozent, also einen Franken Mikrosteuer auf bargeldlose Transaktionen in Höhe von 1000 Franken. Vielleicht können wir die Mikrosteuer aber auch senken, wenn die Steuereinkünfte ausreichen, um Schritt für Schritt Mehrwertsteuer und Bundessteuer zu ersetzen.

Economiesuisse behauptet, mit der Einführung einer Mikrosteuer in der Schweiz würde das grosse Geld aus der Schweiz abwandern, um der Besteuerung zu entgehen. Ist diese Befürchtung realistisch?

Marc Chesney: Das Volumen von elektronischen Transaktionen umfasst mindestens 100 000 Mrd. Franken. Wenn ein Mikrosteuersatz von 0,1 Prozent auf dieses Zahlungsverkehrsvolumen erhoben wird, hätten wir 100 Mrd. Steuereinnahmen pro Jahr. Das reicht gut, um die Steuerausfälle von 47 Mrd., die die drei erwähnten Steuern verursachen, zu kompensieren. Wenn es wegen einer Verlagerung ins Ausland weniger Transaktionen gäbe, wäre das für die Schweiz besser, weil das aktuell riesige Volumen von elektronischen Transaktionen Systemrisiken erzeugt. Ausserdem ist nicht auszuzuschliessen, dass nach einer Etablierung der Mikrosteuer Unternehmen zuwandern, weil die Steuerkonditionen in der Schweiz möglicherweise einfacher, transparenter, kurz, besser sein werden als in ihren Stammländern.

Economiesuisse kritisiert, dass die Einnahmen durch die Mikrosteuer die Bundeseinnahmen durch Mehrwertsteuer und Bundessteuer nicht ersetzen könnten...

Marc Chesney: ... wenn das Volumen von elektronischen Transaktionen sinkt, sollte der Satz angepasst werden. Z. B. wenn es 50 Prozent weniger Transaktionen gibt,

sollten wir mit einem Mikrosteuersatz von 0,2 Prozent anstelle von 0,1 Prozent arbeiten, um die gleiche Summe, nämlich 100 Mrd. Franken zu erzeugen. Es gibt also bei der Festsetzung des Satzes viel Spielraum.

Kann mit einer Mikrosteuer mehr Gerechtigkeit im Blick auf die Verteilung des Reichtums erreicht werden?

Marc Chesney: Zunächst: die Mikrosteuer ist nicht die Lösung all unserer Probleme, sondern ein Beitrag. Ich sage auch nicht, mit der Mikrosteuer könnten alle anderen Steuern abgeschafft werden. Zugleich ist es keine Überraschung, dass Economiesuisse gegen die Mikrosteuer ist. In diesem Kontext vertritt dieser Verband die beiden Schweizer Grossbanken und die Six-Gruppe der börsenkotierten Unternehmen. Diese drei Einheiten erzeugen eine riesige Menge an Transaktionen, für die sie Gebühren in Rechnung stellen. Folglich macht die Six-Gruppe mit Transaktionen Gewinne. Mit anderen Worten: die Mikrosteuer existiert bereits in Form von Gebühren, allerdings mit dem Unterschied, dass diese Gewinne in die Taschen der börsenkotierten Privatunternehmen fliessen. VISA zum Beispiel berechnet 2 Prozent Gebühren auf jede Transaktion mit der Karte, die Banken profitieren von kleineren Gebühren. Der Punkt ist, dass diese Gebühren nicht auf dem Konto dieser Privatunternehmen landen sollten, sondern auf dem Konto der öffentlichen Akteure des Bundes. So können sie der breiten Bevölkerung zugutekommen. Das können wir mit der Einführung einer Mikrosteuer auf den Weg bringen.

Welche Auswirkungen hätte eine Mikrosteuer für Superreiche?

Marc Chesney: Elon Musk wurde am 20. Juli 2020 um 13 Mrd. Dollar reicher. Möglich wurde das nicht zuletzt durch die Politik der FED, der US-amerikanischen Zentralbank, die grosse Summen in den Finanzsektor investiert. Folge: die Aktienkurse von gewissen Unternehmen wie Google oder Amazon sind stark gestiegen. Der Zuwachs von 13 Mrd. hat also nicht zuerst mit der Leistung von Elon Musk als Unternehmer zu tun. Solche Gewinne sind nur möglich, weil die Finanzpolitik von der ökonomischen Realität abgekoppelt ist. In solchen Fällen wird die Mikrosteuer nur teilweise helfen. Wir brauchen aber eine Lösung, weil es nicht sein kann, dass eine Person an einem Tag 13 Mrd. Dollar reicher wird, was ca. das Doppelte

von dem entspricht, was 1,3 Mrd. Afrikaner zusammen an einem Tag verdienen.

Ist die ungleiche Verteilung eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat?

Marc Chesney: Man darf nicht vergessen, was in den 1930er Jahren in Deutschland, in Europa passiert ist. Armut und Arbeitslosigkeit bereiteten den Boden für Demagogen und Diktatoren. Wir müssen anpassen, dass sich das nicht wiederholt.

In Ihrem Buch »Die permanente Krise« erklären Sie, dass der Finanzsektor die Wirtschaft beherrscht und die Gesellschaft erpresst. Wie passt der aktuelle Greensill-Skandal der Credit Suisse in dieses dunkle Szenario?

Marc Chesney: Credit Suisse ist systemisch. Die Verantwortung der Bank wäre zumindest, dass sie die Bevölkerung und die Regierung über ihre Geschäftstätigkeiten inklusive die damit verbundenen Risiken informiert. Wenn die Bankangestellten, die Kunden, die Steuerzahler für diese Risiken haften, dann müssen sie zumindest wissen, was vor sich geht, und dies nicht erst, wenn es zu spät ist. Es kann nicht sein, dass wir bei Schieflagen der Credit Suisse oder der UBS regelmässig zur Kasse gebeten werden. Ausserdem sollte der Zahlungsverkehr, wie saubere Luft oder der Nah- und Fernverkehr, als öffentliches Gut betrachtet werden. Heute ist es leider nicht der Fall. Der Zahlungsverkehr ist privat organisiert und zu teuer für die Gesellschaft.

Was braucht es, damit sozial verantwortlicher Umbau von Börse und Finanzwirtschaft mehr politisches Gewicht erhalten?

Marc Chesney: Sehr wichtig ist, dass Bürger und Politiker diese Anliegen ernst nehmen. Das verlangt eine gewisse Ausbildung. Dazu kommt, dass die Lehren aus der Finanzkrise 2008 auch auf universitärer Stufe noch nicht wirklich gezogen worden sind. Man muss endlich begreifen, dass Ökonomie eine soziale Wissenschaft ist. Statt von Preisen sollte man an allererster Stelle von Werten sprechen, die der Ökonomie zugrunde liegen und verstehen, dass das, was wirklich Wert hat, keinen Preis hat. Wichtige Fragen wie die soziale Frage müssen folglich interdisziplinär angegangen und diskutiert werden – eine Bereicherung für die Gesellschaft und die Wirtschaft, die ihr dienen muss. ◆

Marc Chesney, Die permanente Krise. Der Aufstieg der Finanzoligarchie und das Versagen der Demokratie, Versus-Verlag 2019

Mikrosteuer-Initiative

- Bund zieht auf jeglichen bargeldlosen Zahlungsverkehr eine Mikrosteuer ein
- Steuersatz: 0,05 Promille im ersten Jahr, dannach maximal 5 Promille
- Mikrosteuer ersetzt Mehrwertsteuer, Bundessteuer und Verrechnungssteuer
- der Steuerertrag wird zur Finanzierung der Aufgaben des Bundes und für die Kompensation der Kantone eingesetzt (...)

Mehr Infos zu Kampagne, Unterschriften:
<https://mikrosteuer.ch/>